

Bergbau und Extraktivismus

Kristina Dietz

Einleitung

Kolumbien erlebt seit Anfang der 2000er Jahre eine Phase des ökonomischen Aufschwungs. Mit Wachstumsraten von nahezu 7 % im Jahr 2011 scheint sich die Wirtschaft des Landes gegenwärtig von den Krisen der 1980er und späten 1990er Jahre zu erholen. Seit 2012 ist das jährliche Wirtschaftswachstum gemessen am Bruttoninlandsprodukt (BIP) zwar gesunken, liegt mit guten 3 % in 2015 aber immer noch über dem globalen Durchschnitt. Ein Sektor, der die positive Konjunktur seit 2008 beeinflusst, ist der Bergbau.¹ Unter dem Einfluss hoher Weltmarktpreise, einer gestiegenen Nachfrage an metallischen und mineralischen Rohstoffen insbesondere aus China und Europa hat sich Kolumbien in den letzten 15 Jahren in ein *país minero* (UPME 2006) verwandelt, mit Produktionssteigerungen vor allem in den Bereichen Steinkohle, Gold und Ferro-Nickel. Mit einem gestiegenen Anteil von Primärgütern an den Gesamtexporten veränderte der Rohstoffboom sowohl die Exportstruktur des Landes als auch die nationale Entwicklungsstrategie. Nicht die Modernisierung und Förderung des Industriesektors standen zuletzt im Mittelpunkt wirtschaftspolitischer Maßnahmen, sondern die Stabilisierung und Ausweitung des Bergbaus. In seiner ersten Amtszeit (2010-2014) identifizierte Präsident Juan Manuel Santos diesen als eine von fünf zentralen Wachstumslokomotiven.² Die *locomotora minera* (Bergbaulokomotive, República de Colombia 2011) soll Entwicklungsprozesse in ländlichen Regionen anstoßen und das nationale Wohlstandsniveau insgesamt steigern.

Das Ziel, soziale und ländliche Entwicklung mittels Rohstoffausbeutung zu fördern, ist ein zentrales Element einer Entwicklungsstrategie, die den lateinamerikanischen Subkontinent seit der Jahrtausendwende prägt

1 Bergbau bezieht sich im Folgenden auf Erze, Metalle und Kohle. Die nach wie vor ökonomisch bedeutendere Ölförderung wird nicht betrachtet.

2 Die anderen Wachstumslokomotiven sind Wissen und Innovation, Landwirtschaft und ländliche Entwicklung, Infrastruktur und Verkehr, Wohnen und Stadtentwicklung (República de Colombia 2011).

und als Extraktivismus oder Neo-Extraktivismus international bekannt wurde. Damit wird eine Entwicklungsstrategie beschrieben, die wesentlich auf der Ausbeutung und dem Export von Rohstoffen und Agrarland basiert (Gudynas 2012; Svampa 2015; Burchardt/Dietz 2014; Brand/Dietz 2014). Anders als in den Ländern der Region mit linken Reformregierungen, wie etwa Bolivien, Ecuador und Venezuela (zu Bolivien: Ernst 2015), gab es in Kolumbien in den vergangenen Jahren keinen Bruch mit dem neoliberalen Wirtschaftsmodell. Staatliche Abgaben und Steuern auf private Gewinne aus dem Bergbau wurden nicht erhöht und auch ein Wiedererstarken staatlicher Kontrolle über zentrale Ressourcen mittels einer Nationalisierung von Unternehmen des Rohstoffsektors hat nicht stattgefunden. Stattdessen zielten gesetzliche Reformen und eine Verschlinkung der Bergbauverwaltung auf die Förderung ausländischer Investitionen. Kolumbien gilt daher in der lateinamerikanischen Debatte als Beispiel für einen so genannten "klassischen" Extraktivismus, der durch die Kontinuität und Perpetuierung neoliberaler Politikmuster wie Deregulierung und Privatisierung gekennzeichnet ist (Gudynas 2012).

In der kolumbianischen Gesellschaft ist die Entwicklungsstrategie des Extraktivismus umstritten. Die wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzungen auf agrarindustrielle Landnutzung und Bergbau haben dazu beigetragen, dass ländliche Gebiete und Rohstofflagerstätten, die bislang als "unproduktiv" oder als für profitable Kapitalverwertungen schwer erschließbar galten, in den Fokus von Staat, transnationalen Unternehmen sowie nationalen Akteuren geraten sind, die – etwa im Bereich des Goldbergbaus – auf das schnelle Geld hoffen. Bei den Gebieten, in denen Rohstoffe erkundet und ausgebeutet werden, handelt es sich jedoch nicht um "ungenutzte" oder "leere" Flächen. Im Gegenteil überlagern sich viele Konzessionen für den Bergbau mit anderen Nutzungen, Interessen und territorialen Forderungen. Diese Überlagerungen sind Ausgangspunkt für eine Vielzahl sozialer Konflikte, die seit 2008 zunehmen.

Im Folgenden wird die jüngere Geschichte des Bergbaus in Kolumbien nachgezeichnet. Dabei richtet sich der Fokus der Betrachtung zunächst auf die Entwicklung des Sektors seit Ende der 1990er Jahre und anschließend auf aktuelle Konflikte.³ Im Schlussteil richtet sich der Blick auf die

3 Die Beispiele von Konflikten um den Bergbau stützen sich auf eigene Interviews, Beobachtungen und Dokumentenanalysen bei Feldforschungen in Kolumbien im März und September 2015, Oktober 2016 und März 2017. Die Forschungen fanden im Rahmen der vom BMBF geförderten wissenschaftlichen Nachwuchsgruppe "Global Change –

Zukunft. Seit 2012 sinken die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt, die globalen politisch-ökonomischen Bedingungen haben sich damit zumindest vorübergehend zu Ungunsten des Extraktivismus entwickelt. Welche Auswirkungen globale politisch-ökonomische Entwicklungen auf den kolumbianischen Extraktivismus haben (könnten) und vor welche Herausforderungen der Bergbauboom der letzten Jahre den Friedensprozess stellt, ist Gegenstand des Fazits.

Bergbau in Kolumbien

Kolumbiens (Kolonial-)Geschichte ist eng mit dem Bergbau, insbesondere dem Goldbergbau verknüpft. Zwischen dem 16. und 19. Jahrhundert waren die Förderung und der Export von Gold die wichtigsten wirtschaftlichen Aktivitäten Nueva Granadas (des heutigen Kolumbien). Auch nach der Unabhängigkeit blieb Gold wichtiges Exportprodukt. Ende des 19. Jahrhunderts war Kolumbien der größte Goldproduzent der Welt (Meschkat et al. 1983: 42-44; Duarte 2012). Etwa um 1940 verlor Gold an ökonomischer Bedeutung. Mit der steigenden globalen Nachfrage nach fossilen Energieträgern für die industrielle Produktion und Automobilität verschob sich der Fokus im Rohstoffsektor zunächst von Gold zu Öl und ab den 1980er Jahren zur Kohle. Ausgelöst durch den globalen Rohstoffpreisboom in den 2000er Jahren weitet sich im 21. Jahrhundert auch der Goldbergbau wieder aus.

Makroökonomische Indikatoren

Zwischen 2010 und 2014 flossen mehr als die Hälfte aller ausländischen Direktinvestitionen (FDI) in den Bergbau, 2015 war es trotz fallender Rohstoffpreise noch über ein Drittel (CEPAL 2015, 2016). Zwei Drittel aller Exporte stammten 2014 aus dem Bergbau (inkl. Öl), wichtiges Exportprodukt neben Öl ist Steinkohle, gefolgt von Gold und Ferro-Nickel (García Granados 2014). Gemäß nationalen Statistiken stieg die Goldproduktion zwischen 2009 und 2014 von 48 Tonnen (t) auf 59 t mit einem

Local Conflicts?“ (GLOCON) am Fachbereich Politik- und Sozialwissenschaften der Freien Universität Berlin statt.

Hoch von 66 t im Jahr 2012.⁴ Die Produktion von Steinkohle hat sich zwischen 2000 und 2015 von 38 Millionen Tonnen (Mio. t) auf 85 Mio. t nahezu verdreifacht.⁵ Ähnlich wie Gold ist auch Steinkohle zu 100 % für den Export bestimmt. Kolumbien ist nach Indonesien, Australien, Russland und Südafrika der fünftgrößte Exporteur von Steinkohle weltweit (IEA 2015). Hauptimportländer bzw. -regionen kolumbianischer Steinkohle sind die Europäische Union (vor allem die Niederlande, Großbritannien und Deutschland), die Türkei, Israel und die USA.

Mit einem Anteil am BIP von knapp 12 % im Jahr 2013 war der Bergbau (inkl. Öl) ökonomisch nahezu gleichbedeutend mit dem Industriesektor. Ohne Öl lag der Anteil des Bergbaus an der Gesamtwirtschaftsleistung immerhin bei 2,3 % (UPME 2014). Seit 2012 sinken die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt. Für Kolumbiens Bergbausektor besonders von Bedeutung ist der Rückgang der Preise für Steinkohle und Gold. Während sich der Preis für Steinkohle zwischen 2011 und 2016 nahezu halbierte (von ca. 76 auf unter 40 US-Dollar/t), reduzierte sich der Goldpreis bis 2015 um etwas mehr als ein Drittel (von 1.900 in 2011 auf 1.100 US-Dollar/Feinunze bis Ende 2015). Im Zusammenhang mit Unsicherheiten an den Finanzmärkten und ökonomischen Krisen steigt der Goldpreis seither wieder, was die Bedeutung von Gold als Krisenwährung unterstreicht.⁶

Mit dem Rückgang der Preise auf den Weltmärkten ging auch der Anteil des Bergbaus an der kolumbianischen Wirtschaftsleistung leicht zurück. 2015 trug dieser mit nur noch knapp 2 % zum BIP bei (MINMINAS 2016). Dieser Rückgang bedeutet jedoch nicht, dass der Sektor insgesamt an wirtschafts- und entwicklungspolitischer Relevanz einbüßt. Mit der Hoffnung auf Preiserholungen und Erschließung neuer Märkte für Kohleexporte (u.a. Asien) sowie der Gewissheit, dass Gold in Krisenzeiten als sichere Kapitalanlage stark nachgefragt ist, werden derzeit bestehende Minen in der Steinkohleförderung erweitert, geplante Vorhaben im Bereich des industriellen Goldbergbaus zur Realisierung gebracht und neue Konzessionen für Erkundungen und Förderungen vergeben.

Das politische Festhalten an einer expansiven Bergbaupolitik erklärt sich vor allem durch die staatlichen Einnahmen aus diesem Sektor. Zwar

4 <http://www.upme.gov.co/generadorconsultas/Consulta_Series.aspx?idModulo=4&ti poSerie=116&grupo=355> (12.8.2016).

5 <http://www.upme.gov.co/generadorconsultas/Consulta_Series.aspx?idModulo=4&ti poSerie=121&grupo=368> (17.8.2016).

6 <<http://www.finanzen.net/rohstoffe/goldpreis>> (19.8.2016).

ist der Bergbau in Kolumbien mehrheitlich privat organisiert, eine direkte Beteiligung des Staates gibt es nicht. Dennoch profitiert dieser durch direkte Abgaben der Unternehmen, die so genannten *regalias* und Steuereinnahmen (v.a. Gewinnsteuern) vom Bergbau. Staatliche Einnahmen verhalten sich proportional zu den Rohstoffpreisen und Fördermengen: Je höher beide sind, desto mehr nimmt der Staat ein. Die Höhe der direkten Abgaben ist gesetzlich geregelt; für Kohle betragen sie 10 %, für Nickel 12 % und für Gold 4 % des Bruttogewinns (Rudas Lleras/Espitia Zamora 2013b). Zwischen 2004 und 2013 hat der kolumbianische Staat basierend auf diesen Regeln mehr als elf Milliarden US-Dollar aus dem Bergbau eingenommen. Über 90 % dieser Einnahmen stammen aus der Steinkohle- und Nickelförderung (García Granados 2014).

Politisch-institutioneller Rahmen

Globale politisch-ökonomische Faktoren und Wandelprozesse waren entscheidend für die Herausbildung des kolumbianischen Extraktivismus, sie interagieren jedoch mit politisch-institutionellen Veränderungen auf nationaler Ebene. Ähnlich wie in anderen Ländern des Globalen Südens wurde der kolumbianische Bergbausektor im Rahmen der neoliberalen Öffnung der 1990er Jahre durch ein neues Minengesetz (*Ley 685, Código de Minas*) reformiert, das bis heute in Kraft ist (Vélez-Torres 2014). Ziel dieser Reform war eine Liberalisierung und Privatisierung des Sektors und damit verbunden dessen Öffnung für internationales Kapital.

Die Erarbeitung des 2001 in Kraft getretenen *Códigos de Minas* begann bereits in den 1990er Jahren unter Mitwirkung von internationalen Entwicklungs- und Finanzinstitutionen wie der Weltbank und der Kanadischen Internationalen Entwicklungsagentur CIDA (heute *Global Affairs Canada*) (Duarte 2012). In dieser Zeit begann auch der Umbau der staatlichen Verwaltung für Bergbau mit dem Ziel der (Teil-)Privatisierung, Verschlankung und Anpassung an die Liberalisierung des Sektors. 1999 erhielt der Sektor eine neue Verwaltungsstruktur, 2003 wurde das ehemalige staatliche Erdölunternehmen ECOPETROL in eine öffentliche Aktiengesellschaft umgewandelt, ehemals staatliche Unternehmen wie Carbones de Colombia S.A. wurden aufgelöst. Mit diesen Reformen hat sich der kolumbianische Staat nahezu vollständig aus einer direkten Beteiligung an der Rohstoffausbeutung zurückgezogen. Vertreten durch das Ministerium

für Bergbau und Energie übernimmt er seither die Rolle eines Garanten für die Ausbeutung der Bodenschätze durch private Unternehmen.

Gemäß dem Gesetz 685 und im Einklang mit der Verfassung von 1991 unterliegen Bodenschätze der Verfügungsgewalt des Staates. Bergbauvorhaben müssen von öffentlichem Nutzen sein und dem Gemeinwohl dienen (Art. 13, *Ley* 685). Um dies zu garantieren, entscheidet die nationale Regierung hoheitlich über die Nutzung und Ausbeutung von Bodenschätzen mittels der Vergabe von Konzessionen. Konzessionen sind Verträge zwischen der nationalen Regierung und Dritten (Unternehmen, Privatpersonen, etc.). Sie geben Letzteren über einen bestimmten Zeitraum, in der Regel 30 Jahre (plus zwei möglichen Verlängerungsphasen um jeweils 30 Jahre) und für ein bestimmtes Gebiet das Recht, Rohstoffe auszubeuten. Im Gegenzug verpflichten sich die Konzessionsträger_innen zur Zahlung von Steuern und Abgaben an den Staat. Bereits zwischen 1930 und Ende der 1960er Jahre regelte der Staat die Ausbeutung der Erdölvorkommen durch die Vergabe von Konzessionen, damals vor allem an US-amerikanische Firmen wie Standard Oil (heute Exxon) oder Gulf Oil Company. Nach einer kurzen Phase stärkerer staatlicher Kontrolle der Bodenschätze in den 1970er Jahren, in der das Konzessionensystem aufgehoben wurde, stellt es heute erneut das zentrale Element staatlicher Regulierung dar.

Nach Inkrafttreten des *Ley* 685 im Jahr 2001 nutzte die Regierung von Álvaro Uribe (2002-2010) die Vergabe von Konzessionen als Mittel, um transnationale Unternehmen und internationales Kapital anzulocken. Über 60 % der heute in Kolumbien gültigen Konzessionen wurden in den beiden Amtsperioden von Uribe vergeben, die meisten an transnationale Unternehmen zur Ausbeutung von Gold und Kohle. In absoluten Zahlen stieg die Zahl vergebener Konzessionen zwischen 2002 und 2010 von 1.900 auf 7.774. Aufgrund dieses rasanten Anstiegs sprechen Beobachter_innen von dieser Phase auch als *piñata de los títulos mineros*⁷ (Rudas Lleras 2014: 323). Bis April 2015 hatte der Staat 9.602 gültige Konzessionen in einem Umfang von über fünf Millionen Hektar vergeben.

7 Als *piñata* werden im Spanischen Figuren aus Pappmaché bezeichnet, in deren Innerem sich ein Tongefäß gefüllt mit Süßigkeiten befindet. Sie darf auf keinem Kindergeburtstag fehlen. Um an die Süßigkeiten zu gelangen, muss die Figur zerschlagen werden. Auf die Person, der das gelingt, regnet es Bonbons, Schokolade und manchmal auch Geld.

Subnationale Gebietskörperschaften haben in bergbaupolitischen Entscheidungen keine Mitspracherechte. Räumliche Beschränkungen oder Ausschlüsse, etwa durch gemeindliche Zonierungspläne, sind verboten (Art. 37, *Ley 685*). Diese Tendenz der Zentralisierung der Bergbaupolitik ist in den letzten Jahren zum Gegenstand politischer und juristischer Auseinandersetzungen geworden. 2014 erklärte das Verfassungsgericht den Artikel 37 des *Ley 685*, der jegliche Einmischung von lokalen Regierungen in die Nutzung der Bodenschätze verbietet, für ungültig (Urteil C-123, 2014). Im Urteil argumentierten die Richter mit den in der Verfassung verankerten politischen Ordnungsprinzipien: Dezentralisierung und Autonomie subnationaler Gebietskörperschaften. Hierauf beziehend forderte das Gericht die Regierung auf, sich vor der Vergabe von Konzessionen mit den betroffenen Gemeinden zu einigen. Allerdings sagt das Urteil nichts darüber aus, wie dieser Einigungsprozess verlaufen soll. Bis heute wird über diese Frage zwischen Bürgermeister_innen, lokalen Verwaltungen und dem Ministerium für Bergbau und Energie gestritten.

Die Aufhebung des Artikels 37 des Minengesetzes ist nicht das einzige Beispiel für juristische Auseinandersetzungen um den Bergbau in Kolumbien. Der Bergbau ist aktuell neben dem Friedensprozess und der Übergangsjustiz einer der zentralen Gegenstände verfassungsrechtlicher Debatten. 2010 trat mit dem *Ley 1382* ein neues Bergbaugesetz in Kraft. Mit diesem beabsichtigte die Regierung Santos, den Sektor weiter zu modernisieren, die Verfahren bei der Konzessionsvergabe zu beschleunigen und zu vereinfachen. Bereits im Mai 2011 erklärte das Verfassungsgericht die Gesetzesreform für verfassungswidrig (Urteil C-366, 2011). Das gemäß kolumbianischer Verfassung und der ILO-Konvention 169 bestehende Recht indigener Völker auf vorherige Konsultation (*consulta previa*), das auch in Bezug auf Gesetzesreformen gilt, wurde missachtet, eine *consulta previa* hatte es nicht gegeben. 2013 trat daraufhin *Ley 685* wieder in Kraft, nachdem eine zweijährige Frist zur gesetzlichen Neuregelung verstrichen war. Politisch-institutionelle Reformen setzt die Regierung seither per Dekret durch und umgeht damit die parlamentarische Einflussnahme. Ein Beispiel ist die Verabschiedung der Verordnung 2041 im Oktober 2014 (*Decreto 2041/2014*), mit der das Verfahren für die Vergabe von Umweltgenehmigungen im Bereich Bergbau neu geregelt wird. Ziel des Dekrets ist die Rationalisierung und Beschleunigung des Verfahrens. Seither sind die zuständigen Umweltbehörden angehalten, über Anträge auf Umweltgenehmigungen für die Rohstoffförderung in maximal drei statt wie bisher

vier bis fünf Monaten zu entscheiden. Kritiker_innen sehen hierin eine Herabstufung von Umweltbelangen gegenüber Bergbauinteressen.

Formen des Bergbaus

In Kolumbien gibt es unterschiedliche Formen des Bergbaus: industriellen Bergbau, mechanisierten Kleinbergbau (*small-scale mining*, SSM) und handwerklichen Bergbau (*artisanal mining*, ASM). Industrieller Bergbau findet unter formellen Bedingungen mehrheitlich als offener Tagebergbau statt, ist räumlich konzentriert und wird primär von transnationalen Unternehmen betrieben, die über technologisches Know-how und Kapital verfügen, formell Arbeiter_innen beschäftigen, in Transportinfrastruktur investieren, über gute Beziehungen zum Staat verfügen und lokale Entwicklungsprojekte finanzieren, um sich gesellschaftlich und politisch Anerkennung zu verschaffen. Demgegenüber lässt sich *small-scale mining* als ein eher informeller, räumlich dezentraler Bergbau beschreiben, der mit einem Minimum an Technologie ausgestattet (Bagger, Wasserpumpen, kleinere Förderbänder, etc.) und ohne Konzessionen operiert. Arbeit ist hier vor allem informell organisiert, Förderstätten werden häufig schnell installiert und wenn nötig auch schnell wieder verlassen. Eine spezifische Form des SSM ist handwerklicher oder traditioneller Bergbau. ASM wird meist manuell durch Auswaschen und unter Zuhilfenahme kleinerer Maschinen (Wasserpumpen, Flaschenzüge, kleine Bagger) betrieben. ASM findet mehrheitlich informell statt, wobei es auch anerkannte Formen von ASM gibt, vor allem dort, wo ASM Teil sozio-kultureller Identitätskonstruktionen ist, etwa in afrokolumbianischen Gemeinschaften in den Provinzen Chocó, Antioquia und Cauca. Im kleinen und handwerklich betriebenen Goldbergbau kommen häufig Chemikalien wie Quecksilber oder Zyanid zur Trennung des Goldes vom Gestein zum Einsatz, mit gravierenden Folgen für die Umwelt und Gesundheit der in diesem Sektor Tätigen (Urán 2013; Engels 2016).

Die Bedeutung dieser unterschiedlichen Formen variiert je nach Rohstoffsektor. Einen operierenden industriellen Goldbergbau gibt es bislang nicht. Dies soll sich in den nächsten Jahren ändern. Das südafrikanische Unternehmen AngloGold Ashanti bereitet die Eröffnung von zwei industriellen Goldminen in Kolumbien vor. Das Minenprojekt "Gramalote", Gemeinde San Roque in der Provinz Antioquia soll 2019 mit der Förderung beginnen, das Projekt "La Colosa", Gemeinde Cajamarca, Provinz Toli-

ma im Jahr 2023. Mit geschätzten Goldreserven von über 30 Millionen Unzen würde die La Colosa-Mine bei Realisierung zu einer der größten Goldminen weltweit zählen⁸ (AngloGold Ashanti 2015). Bisher stammt der Großteil des in Kolumbien produzierten Goldes jedoch aus informellem SSM und ASM. Das Ministerium für Bergbau und Energie geht davon aus, dass ca. 86 % des in Kolumbien geförderten Goldes aus informell betriebenen Minen stammt (Ministerio de Minas y Energia 2012). Seit dem Goldpreisboom von 2011 weitet sich der informelle Goldbergbau rasant aus. Konservativen Schätzungen zufolge sind zwischen 270.000 und 418.000 Menschen im handwerklichen und SSM tätig (Seccatore et al. 2014: 666). Die hohen Goldpreise haben Akteure aus unterschiedlichen gesellschaftlichen Sektoren, die bislang kaum oder keine Berührung mit dem Goldbergbau hatten, motiviert, sich am kolumbianischen *goldrush* des 21. Jahrhunderts zu beteiligen. Mit der räumlichen Ausweitung von SSM und ASM gehen tiefgreifende sozial-räumliche und sozio-kulturelle Transformationen und Menschenrechtsverletzungen einher, die oftmals zu Konflikten führen. Das Phänomen des informellen Goldbergbaus bestimmt die öffentliche Debatte um den Bergbau in Kolumbien seit einigen Jahren, auch deshalb, weil Guerillaorganisationen und neoparamilitärische Gruppen durch das Eintreiben von Schutzzöllen offenbar in die informelle Goldökonomie involviert sind.⁹ Seit 2013 bemüht sich die Regierung um eine stärkere Kontrolle und Formalisierung dieses Sektors, bisher mit geringem Erfolg. Für viele handwerkliche Goldschürfer sind die institutionellen Hürden für die Formalisierung und Anerkennung ihrer Tätigkeit zu hoch, andere suchen das schnelle Geld und haben daher kaum Interesse an einem langwierigen Formalisierungsprozess.

Anders als der Goldsektor ist der Steinkohlebergbau hochgradig industrialisiert und mehrheitlich transnational organisiert. Hauptförderregionen sind die Provinzen La Guajira und Cesar im Norden des Landes. 90 % der Steinkohle wird hier gefördert. Die größten Produzenten sind das Unternehmenskonsortium Cerrejon, bestehend aus den Unternehmen

8 Zum Vergleich: In der Yanacocha-Mine in Peru wurden seit Inbetriebnahme etwa 26 Millionen Unzen Gold produziert. Ende 2012 lagen die noch vorhandenen Reserven bei etwa drei Millionen Unzen (<<http://www.goldseiten.de/artikel/177102--Die-drei-groessten-Goldminen-der-Welt.html>>, 12.8.2016).

9 *Semana* (1.4.2015): "El nuevo flagelo que devora a Colombia". In: <<http://www.semana.com/nacion/multimedia/la-guerra-contra-la-mineria-ilegal-criminal-en-colombia/422834-3>> (19.8.2016).

Anglo American (USA/Großbritannien), BHP Billiton (Australien) und Glencore (Schweiz), das US-amerikanische Unternehmen Drummond sowie Prodeco, eine Tochterfirma des Schweizer Konzerns Glencore. Cerrejón betreibt in der Guajira den größten Steinkohletagebau Lateinamerikas, die Mine "Cerrejón Zona Norte". Drummond und Prodeco fördern Steinkohle in verschiedenen Minen im Cesar. Kleinere Kohleminen befinden sich in den Provinzen Boyacá und Córdoba (UPME 2016).

Konflikte um den Bergbau

Obgleich die staatlichen Einnahmen aus dem Bergbau in den letzten Jahren deutlich gestiegen sind und diese in Sozialausgaben etwa im Bereich Bildung fließen, profitiert die Bevölkerung in den Gemeinden mit Bergbauprojekten nur geringfügig von dem Sektor. Weder wirkt sich der Bergbau positiv auf den Anstieg formaler Arbeit aus, noch hat er signifikante Folgen im Hinblick auf die Reduzierung von Armut. Im Gegenteil, einige Gemeinden in der Provinz Cesar, wo seit über 30 Jahren Kohle gefördert wird, zählen mit sehr niedrigen sozialen Entwicklungsindizes zu den ärmsten des Landes (Rudas Lleras/Espitia Zamora 2013a). Auch vor dem Hintergrund fehlender sozioökonomischer Entwicklungsimpulse auf lokaler Ebene nehmen seit einigen Jahren die sozialen Konflikte um den Bergbau zu. Der *Environmental Justice Atlas*, eine interaktive Weltkarte zur Visualisierung von Konflikten um Naturnutzung, -aneignung und -kontrolle geht aktuell von über 50 Konflikten um den Bergbau in Kolumbien aus.¹⁰ Vor allem direkt betroffene Bevölkerungsgruppen mobilisieren gegen die Eröffnung oder Ausweitung industrieller Minen sowie informeller Bergbauaktivitäten. Dabei werden sie von NGOs, lokalen Regierungen, Gewerkschaften und sozialen Bewegungen aus dem In- und Ausland unterstützt. Die Zunahme von sozialen Auseinandersetzungen um den Bergbau erklärt sich durch die Überlagerung unterschiedlicher territorialer Ansprüche, Interessen und Forderungen. Nicht immer geht es dabei um den Gegensatz zwischen pro und contra Bergbau. Je nach vorheriger Landnutzung, Akteurskonstellationen und Machtpositionen, Formen und kulturellen Bedeutungen des Bergbaus sowie politischen Kontextbedingungen

10 <<http://ejatlas.org/country/colombia>> (19.8.2016).

variieren die Konfliktgegenstände, Forderungen und Proteststrategien von Fall zu Fall.

Territoriale Überlagerungen führen dann zu Konflikten um den Bergbau, wenn lokale Akteure diesen als eine Bedrohung ihrer territorialen und kulturellen Selbstbestimmungsrechte, ihrer ökonomischen Lebensgrundlagen (z.B. Landwirtschaft, handwerklicher Bergbau) und ihrer politischen Rechte als *citizens* interpretieren und erleben. Letzteres ist in Kolumbien von zentraler Bedeutung. Infolge der politischen Liberalisierung und Demokratisierung sowie des Erstarkens indigener und afrokolumbianischer Bewegungen in den 1980er und 1990er Jahren wurden weitreichende politische, soziale und kulturelle Rechte in der Verfassung von 1991 verankert, Maßnahmen zur politischen Dezentralisierung eingeleitet und neue Gesetze zur Gemeindeautonomie, zum Schutz ethnischer Minderheiten und zur politischen Partizipation erlassen. Die aktuellen Konflikte um den Bergbau sind einerseits Ausdruck neuer politischer Handlungsräume, die aus diesen Wandlungsprozessen hervorgegangen sind. Andererseits zeigen sie, dass zwischen Rechtsnorm und Rechtswirklichkeit eine Lücke klafft. Diese Lücke politisieren soziale Akteure in Auseinandersetzungen um den Bergbau. Wie sie dabei vorgehen, wer die Akteure sind und um was und mit welchen Effekten gestritten wird, zeigen die folgenden drei Fälle exemplarisch.

Dort, wo handwerklicher Bergbau ein prägendes Element soziokultureller Identität ist, etwa in vielen afrokolumbianischen Gemeinschaften der Provinzen Chocó, Antioquia oder der nördlichen Cauca-Region, wehren sich lokale Gruppen gegen die Verdrängung durch industriellen oder mechanisierten, informellen Bergbau. Sie sprechen sich mehrheitlich nicht gegen den Bergbau per se aus, sondern fordern die Anerkennung und Sicherung des eigenen handwerklichen Bergbaus, verbunden mit einem Stopp von Bergbauaktivitäten, bei denen machtvoll Akteure von außen sich der Rohstoffe in ihren Territorien bedienen. Der Konflikt um den industriellen und informellen Goldbergbau in der afrokolumbianischen Gemeinschaft La Toma, Gemeinde Suárez im Norden der Provinz Cauca, ist hierfür exemplarisch (Vélez-Torres 2014). Die 1.300 Haushalte umfassende Gemeinschaft weist eine bis in die Ära des spanischen Kolonialismus zurückreichende Tradition des Goldbergbaus auf. Die Bevölkerung von La Toma identifiziert sich selbst als *agro-mineros*, deren Lebensgrundlagen auf kleinbäuerlicher Landwirtschaft kombiniert mit handwerklichem Bergbau basieren. La Toma ist gemäß der kolumbianischen Verfassung von 1991

und des Gesetzes Nr. 70 von 1993, das den Minderheitenschutz schwarzer Gemeinschaften regelt, als afrokolumbianische Gemeinschaft mit eigener politischer Vertretung anerkannt, verfügt aber über keine territorialen Selbstbestimmungsrechte. Im Jahr 2006 erhielt AngloGold Ashanti zwei Konzessionen für die Erkundung und Förderung von Gold, die weite Teile des Gebietes von La Toma umfassten. Zur Durchsetzung und Absicherung der Erkundungsarbeiten ordnete der Bürgermeister von Suárez 2009 die Räumung der Siedlung an. Die Bevölkerung widersetzte sich und klagte anschließend vor dem Verfassungsgericht gegen die Regierung, die ohne vorherige Konsultationen Bergbaulizenzen in einem Gebiet vergeben hatte, in dem anerkannt afrokolumbianische Gemeinschaften leben, die laut Verfassung ebenso wie indigene Gemeinschaften ein Recht auf vorherige Konsultationen besitzen. In einem Urteil (T-1045A) vom 25. April 2011 suspendierte das Gericht die in La Toma vergebenen Bergbautitel. Was zunächst wie ein Erfolg aussah, stellte sich jedoch als eine Verschiebung der Konfliktkonstellation dar. Etwa zeitgleich mit dem Urteilsspruch begannen *small-scale miners* aus anderen Landesteilen mit Baggern und ohne formale Genehmigung den Fluss Oveja, der durch die Siedlung La Toma fließt, umzugraben und nach Gold zu suchen. Am 17. November 2014 entschieden sich daraufhin 23 Frauen aus La Toma für einen Protestmarsch nach Bogotá und besetzten dort Räume des Innenministeriums (*El Espectador*, 26.11.2014). In Verhandlungen mit dem Ministerium forderten sie die Suspendierung nicht legaler Bergbauaktivitäten in ihrer Siedlung, die Anerkennung ihres Status' als handwerkliche Goldschürfer_innen und eine staatliche Entschädigung für Einkommensverluste infolge des Konflikts mit den "neuen" Minenbetreibern. Im März 2015 waren die Bagger aus La Toma verschwunden, einige der Frauen, die sich an dem Protest beteiligt hatten, mussten jedoch aufgrund von anonymen Drohungen die Gemeinschaft ebenfalls verlassen.

Forderungen nach der Anerkennung demokratischer Mitbestimmungsrechte sind auch im Fall des Protests gegen die Goldmine "La Colosa" in der Gemeinde Cajamarca, Provinz Tolima zentral (Dietz 2017a, 2017b). Anders als in La Toma protestiert hier ein breites klassen- und parteiübergreifendes Bündnis aus sozialen Bewegungen, Umwelt- und Kleinbäuer_innenorganisationen, lokalen Regierungen, Unternehmer_innen und Studierenden gegen die Eröffnung einer industriellen Goldmine. 2007/2008 erhielt AngloGold Ashanti mehrere Konzessionen zur Erkundung und Förderung von Goldvorkommen in der Gemeinde Cajamar-

ca. Kurz darauf veröffentlichte das Unternehmen Pläne, eine industrielle Goldmine (die Mine “La Colosa”) in Cajamarca zu eröffnen. Dagegen formiert sich seit 2011 ein breiter Widerstand. Ein zentraler Slogan der Protestmobilisierung des Bündnisses *Comité Ambiental en Defensa de la Vida* lautet “El Agua vale más que el Oro” (Wasser ist wertvoller als Gold). Mit der Bezugnahme auf Wasser als Lebensgrundlage wird die Forderung nach einem Stopp des Vorhabens mit einer Forderung nach einer demokratischen Bestimmung über die Aneignung und Nutzung von Gemeingütern und Bodenschätzen verbunden. Letzteres wird nicht nur in Protestmärschen gefordert, sondern unter Bezugnahme auf bestehende Gesetze auch politisch-praktisch umgesetzt. So fand im Juli 2013 in Piedras, einer der Nachbargemeinden von Cajamarca, in der das Unternehmen eine Abraumhalde für nicht mehr verwendetes und kontaminiertes Material aus der Mine vorgesehen hatte, eine “von unten” initiierte Bürger_innenbefragung (*consulta popular*) statt. Die Initiatoren der Befragung, Bewohner- und Landnutzer_innen der Gemeinde, NGOs aus der Region und Bogotá gemeinsam mit dem Bürgermeister und Gemeinderat von Piedras, bezogen sich für die Durchführung der Befragung auf das aktuelle Gemeindegesetz, das eine direkte Beteiligung der Bevölkerung vorsieht, wenn Bergbauprojekte die Bodennutzung in erheblichem Maße beeinträchtigen könnten (*Ley 136*, Art. 33). In der *consulta* vom 28. Juli 2013 stimmten 99 % der Beteiligten gegen Bergbauprojekte in ihrer Gemeinde. Obwohl die Regierung und das Unternehmen die Abstimmung bis heute nicht anerkennen, reagierte AngloGold Ashanti: 2015 präsentierte das Unternehmen ein neues Projektdesign, das keine Abraumhalde in Piedras mehr vorsieht. Die Erfahrungen von Piedras haben dazu beigetragen, dass auch in anderen Gemeinden lokale Konsultationsverfahren vorbereitet und durchgeführt werden. Im März 2017 waren die Bewohner_innen von Cajamarca, der Gemeinde, in der das Minenprojekt geplant ist, aufgerufen, in einer *consulta popular* darüber abzustimmen, ob in in ihrem Gemeindegebiet Bergbauvorhaben stattfinden sollten oder nicht. Wie in Piedras stimmte auch hier eine große Mehrheit mit Nein (Dietz 2017b).

Die Entstehung strategischer Bündnisse charakterisiert auch den Konflikt um die Erweiterung der Steinkohlemine “Cerrejón Zona Norte” in der Provinz La Guajira. Das Unternehmen Cerrejón plant hier seit einigen Jahren die Ausweitung der Mine in ein Gebiet, das überwiegend von der indigenen Gemeinschaft der Wayuu bewohnt wird. Hierbei droht nicht nur, wie bereits in anderen Fällen im Rahmen des Kohlebergbaus von

Correjón geschehen, die Umsiedlung von Dörfern und damit verwoben die Zerstörung ortsgebundener Identitäten und Lebensgrundlagen sowie die Missachtung territorialer Selbstbestimmungsrechte, sondern auch die Umleitung eines für die Wasserversorgung der ländlichen Gemeinschaften in der Guajira wichtigen Fließgewässers namens Bruno. Das ist der Grund, warum eine breite Allianz aus direkt betroffenen Akteuren der indigenen Gemeinschaft der Wayuu, nationalen Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen mit Sitz in Bogotá, einer städtischen Bürgerinitiative in der Provinzhauptstadt Rioacha und der Gewerkschaft der Kohlekumpel von Correjón, *Sintracarbón* gegen die Minenvergrößerung protestiert. Die Wahrnehmung der Ausweitung der Steinkohleförderung als eine kollektive Bedrohung von existenziellen Lebensgrundlagen (Wasser) in der Guajira, einem der trockensten Gebiete Kolumbiens, ist zu einem verbindenden Element zwischen sozialen Akteuren geworden, die andernorts eher für ihre Interessengegensätze (z.B. Gewerkschaften und Umweltgruppen) als für gemeinsame Interessen bekannt sind.

Fazit und Ausblick

Der Bergbau ist in Kolumbien gesellschaftlich umstritten. In vielen der aktuellen Auseinandersetzungen geht es zuvorderst um die Verhinderung neuer industrieller Bergbauprojekte, der Ausdehnung bestehender Minen sowie der Ausweitung eines informellen Bergbaus, von dem lokale Bevölkerungsgruppen kaum profitieren. Bewusst oder unbewusst fordern Protestakteure darüber hinaus mehr demokratische Mitsprache, die Neugestaltung der gesellschaftlichen Formen der Naturnutzung und -aneignung, der Verteilung von Land sowie die Umsetzung und Ausweitung bestehender sozialer, politischer und kultureller Rechte. Damit wenden sich die Protestakteure gegen den Staat und beziehen sich gleichermaßen auf ihn. Dies ist insbesondere dann der Fall, wenn sich soziale Bewegungen auf staatlich verfasste Partizipations- und Konsultationsrechte sowie direktdemokratische Instrumentarien berufen. Das Beispiel des Konflikts um die Mine La Colosa ist hierfür exemplarisch. Mittels neuer Bündnisse (soziale Bewegungen und lokale Regierung; Kleinbäuer_innen und Großgrundbesitzer, etc.) und Strategien (*consulta popular*) mobilisieren die beteiligten Akteure für die Verhinderung einer industriellen Goldmine und für ein Mehr an Demokratie in rohstoffpolitischen Entscheidungen. In

den Konflikten um den Bergbau wird das seit der Verfassung von 1991 bestehende Spannungsverhältnis zwischen gesetzlich verankerten politischen und territorialen Rechten und einer zum Teil gewaltförmigen Missachtung derselben besonders deutlich.

Inwiefern sich dieses Spannungsverhältnis im Kontext des aktuellen Friedensprozesses in Richtung einer verbesserten Anerkennung von Rechten auflöst, ist derzeit schwer zu bestimmen. Die gegenwärtige Zunahme von Morddrohungen gegen und Ermordungen von Mitgliedern von Menschenrechtsorganisationen, sozialen Bewegungen, afrokolumbianischen und indigenen Organisationen deutet nicht darauf hin. Eine wichtige Voraussetzung für den Frieden in ländlichen Räumen wäre es in jedem Fall. Ebenso schwierig ist es, die Zukunft des Bergbaus im Kontext volatiler Weltmarktpreise, sozialer Konflikte und des Friedensprozesses zu bestimmen. Sinken die Rohstoffpreise weiterhin und werden die in Paris 2015 während der UN-Klimakonferenz formulierten Klimaziele international ernst genommen, womit Kohle als Energieträger mittelfristig an Bedeutung verlieren würde, dann sind die Aussichten für die kolumbianische extraktive Entwicklungsstrategie aus makroökonomischer Perspektive nicht gerade rosig. Eine Trendwende in der wirtschaftspolitischen Schwerpunktsetzung der Regierung Santos ist jedoch nicht in Sicht. Um staatliche Einnahmen auch in Zeiten fallender Rohstoffpreise zu garantieren, ist der kolumbianische Staat auf die Steigerung der Rohstoffförderung, vor allem im Kohlesektor angewiesen. Denn anders als etwa in Chile, Südafrika oder Kanada erhebt Kolumbien keine Steuern auf Gewinntransfers internationaler Bergbauunternehmen ins Ausland (Rudas Lleras/Espitia Zamora 2013b: 142-143). Basierend auf den Zielen des aktuellen Nationalen Entwicklungsplans (2014-2018) soll der Bergbau weiter ausgebaut werden. Über ein wirtschaftliches Wachstum des Sektors erhofft sich die Regierung wichtige Finanzmittel für die Umsetzung des Friedensprozesses (República de Colombia 2015). Zentrales Planungsinstrument zur weiteren Förderung des Bergbaus ist die Ausweisung so genannter "strategischer Projekte mit nationalen Interesse" (*Proyectos de Interés Nacional y Estratégicos*, PINES). Gebiete und Flächen, die als PINES ausgewiesen werden, unterliegen besonderen gesetzlichen Bestimmungen. Hierzu zählt eine beschleunigte Umweltprüfung oder die Ausnahme dieser Flächen von dem Gesetz 1448, das die Rückgabe von Land (*Restitución de Tierras*) an Opfer und Vertriebene des bewaffneten Konfliktes regelt (Art. 49 ff.). Mit dem Abschluss der Friedensverhandlungen zwischen der Regierung und der

Guerillaorganisation FARC-EP und der Umsetzung des Friedensvertrages verbinden sich darüber hinaus weitere territoriale Anforderungen. Hierzu zählen etwa die 27 Gebiete zur Demobilisierung und Reintegration der FARC-Kämpfer_innen in das zivile Leben, die so genannten *Zonas Veredales Transitorias de Normalización* (ZVTN). In vielen Regionen Kolumbiens überlagern sich diese Gebiete mit Bergbauinteressen transnationaler Unternehmen, den Forderungen von Kleinbäuer_innen nach einer langfristig gesicherten Landnutzung sowie den Forderungen indigener und afrokolombianischer Bevölkerungsgruppen nach territorialer Selbstbestimmung. Hier sind neue Konflikte bereits im Entstehen oder vorprogrammiert.

Der Bergbau stellt den Friedensprozess in Kolumbien vor allem wegen seiner territorialen Exklusivität und der Nicht-Zulassung alternativer Nutzungen von Land vor Herausforderungen. So lange machtvoll ökonomische Interessen die Umsetzung und Sicherung politisch-territorialer Ansprüche von Kleinbäuer_innen, Opfern des Konflikts, afrokolumbianischen und indigenen Bevölkerungsgruppen auf Selbstbestimmung, Teilhabe und auf Land verhindern, wird sich ein nachhaltiger Frieden in Kolumbien nicht erreichen lassen.

Literaturverzeichnis

- ANGLOGOLD ASHANTI (2015): "La Colosa, una oportunidad de oro para el Tolima". <http://www.anglogoldashanti.com.co/saladeprensa/Presentaciones/presentacion_la-colosa_2015.pdf> (29.11.2015).
- BRAND, Ulrich/DIETZ, Kristina (2014): "(Neo-)Extraktivismus als Entwicklungsoption? Zu den aktuellen Dynamiken und Widersprüchen rohstoffbasierter Entwicklung in Lateinamerika". In: Müller, Franziska/Sondermann, Elena/Wehr, Ingrid/Jakobeit, Cord/Ziai, Aram (Hg.): *Entwicklungstheorien: weltgesellschaftliche Transformationen, entwicklungspolitische Herausforderungen, theoretische Innovationen*. Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 48. Baden-Baden: Nomos, S. 128-165.
- BURCHARDT, Hans-Jürgen/DIETZ, Kristina (2014): "(Neo-)Extractivism – A New Challenge for Development Theory from Latin America". In: *Third World Quarterly*, 35, 3, S. 468-486.
- CEPAL (Comisión Económica para América Latina y el Caribe) (2015): *La Inversión Extranjera Directa en América Latina y el Caribe*. Santiago de Chile: Naciones Unidas.
- (2016): *La Inversión Extranjera Directa en América Latina y el Caribe*. Santiago de Chile: Naciones Unidas.

- DIETZ, Kristina (2017a): "Politics of Scale and Struggles over Mining in Colombia". In: Engels, Bettina/Dietz, Kristina (Hg.): *Contested Extractivism, Society and the State: Struggles over Mining and Land*. London: Palgrave Macmillan, S. 127-148.
- (2017b): "Direkte Demokratie in Konflikten um Bergbau in Lateinamerika: das Goldminenprojekt La Colosa in Kolumbien". GLOCON Working Paper Nr. 4. Berlin: Freie Universität Berlin.
- DUARTE, Carlos (2012): *Gobernabilidad minera: cronologías legislativas del subsuelo en Colombia*. Cali: Centro de Pensamiento Raizal.
- ENGELS, Bettina (2017): "Not All That Glitters is Gold: Mining Conflicts in Burkina Faso". In: Engels, Bettina/Dietz, Kristina (Hg.): *Contested Extractivism, Society and the State: Struggles over Mining and Land*. London: Palgrave Macmillan, S. 149-169.
- ERNST, Tanja (2015): "Jenseits des 'westlichen' Fortschrittsparadigmas? Zum widersprüchlichen Verhältnis von Dependenz, Differenz und Demokratie in Bolivien". In: *Journal für Entwicklungspolitik (JEP)*, 31, 3, S. 60-85.
- GARCÍA GRANADOS, Javier (2014): "Perfil Tributario de la Minería en Colombia". <<https://www.imf.org/external/spanish/np/seminars/2014/natres/pdf/garcia3.pdf>> (17.8.2016).
- GUDYNAS, Eduardo (2012): "Der neue progressive Extraktivismus in Südamerika". In: Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika (FDCL)/Rosa-Luxemburg-Stiftung (Hg.): *Der Neue Extraktivismus – Eine Debatte über die Grenzen des Rohstoffmodells in Lateinamerika*. Berlin: FDCL, S. 46-62.
- IEA (International Energy Agency) (2015): "Coal Information 2015". <http://www.oecd-ilibrary.org/energy/coal-information-2015_coal-2015-en> (17.8.2016).
- MESCHKAT, Klaus/ROHDE, Petra/TÖPPER, Barbara (1983): *Kolumbien. Geschichte und Gegenwart eines Landes im Ausnahmezustand*. Berlin: Klaus Wagenbach.
- MINISTERIO DE MINAS Y ENERGÍA (2012): *Censo Minero Departamental 2010-2011*. Bogotá: Ministerio de Minas y Energía.
- MINMINAS (Ministerio de Minas y Energía) (2016): "Análisis del comportamiento del PIB Minero. Cuarto trimestre de 2015". <https://www.minminas.gov.co/documents/10180/558364/PIB-IV_Trim-a%C3%B1o+2015.pdf/7936cbf7-a1b6-4ae4-9491-c44d9151bb1c> (12.8.2016).
- REPÚBLICA DE COLOMBIA (2011): *Bases del Plan Nacional de Desarrollo 2010-2014. Prosperidad para todos*. Bogotá: Departamento Nacional de Planeación.
- (2015): "Ley 1753 de 2015 por la cual se expide el Plan Nacional de Desarrollo 2014-2018 'Todos por un nuevo país'". In: *Diario Oficial*, 49538 (9.6.2015).
- RUDAS LLERAS, Guillermo (2014): "Revisitando el debate sobre renta minera y government take: el carbón a gran escala en Colombia". In: Garay Salamanca, Luis Jorge (Hg.): *Minería en Colombia. Daños ecológicos y socio-económicos y consideraciones sobre un modelo minero alternativo*. Bogotá: Contraloría General de la República, S. 309-378.
- RUDAS LLERAS, Guillermo/ESPITIA ZAMORA, Jorge Enrique (2013a): "La paradoja de la minería y el desarrollo. Análisis departamental y municipal para el caso de Colombia". In: Garay Salamanca, Luis Jorge (Hg.): *Minería en Colombia: Institucionalidad y territorio, paradojas y conflictos*. Bogotá: Contraloría General de la República, S. 27-82.

- (2013b): “Participación del Estado y la sociedad en la renta minera”. In: Garay Salamanca, Luis Jorge (Hg.): *Minería en Colombia. Derechos, Políticas Públicas y Gobernanza*. Bogotá: Contraloría General de la República, S. 125-174.
- SECCATORE, Jacopo/VEIGA, Marcello/ORIGLIASSO, Chiara/MARIN, Tatiane/DE TOMI, Giorgio (2014): “An Estimation of the Artisanal Small-scale Production of Gold in the World”. In: *Science of The Total Environment*, 496, S. 662-667.
- SVAMPA, Maristella (2015): “Commodities Consensus: Neoextractivism and Enclosure of the Commons in Latin America”. In: *South Atlantic Quarterly*, 114, 1, S. 65-82.
- UPME (Unidad de Planeación Minero Energético) (2006): *Colombia País Minero. Plan Nacional para el Desarrollo Minero. Visión al año 2019*. Bogotá: Ministerio de Minas y Energía/UPME.
- (2014): *Indicadores de la Minería en Colombia. Versión preliminar*. Bogotá: Ministerio de Minas y Energía, Unidad de Planeación Minero Energético.
- (2016): “Producción de Carbón Por Departamentos”. <http://www.upme.gov.co/generadorconsultas/Consulta_Series.aspx?idModulo=4&tipoSerie=121&grupo=371> (18.8.2016).
- URÁN, Alexandra (2013): “La legalización de la minería a pequeña escala en Colombia”. In: *Letras Verdes. Revista Latinoamericana de Estudios Socioambientales*, 14, S. 255-283.
- VÉLEZ-TORRES, Irene (2014): “Governmental Extractivism in Colombia: Legislation, Securitization and the Local Settings of Mining Control”. In: *Political Geography*, 38, S. 68-78.